

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Eine Stunde der Wahrheit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1967) : Eine Stunde der Wahrheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 3, pp. 113-116

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133687>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Eine Stunde der Wahrheit

Die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung kann erste Erfolge verzeichnen. Es zeigen sich bereits Silberstreifen am konjunkturellen Horizont. Das ist eine erfreuliche Tatsache. Indessen sollte die Erleichterung, die jedermann empfindet, nicht einige Erfahrungen aus der Krisensituation verdrängen, die weniger bequem sind.

Zunächst einmal: Die Konjunktur ist nicht von selbst umgeschlagen, wie das besorgte Gemüter prophezeiten. Auch hat sie nicht durch Veränderungen in den außenwirtschaftlichen Daten ihren Stoß erhalten; der Export entwickelte sich im Gegenteil bis auf den heutigen Tag erstaunlich günstig. Der Boom ist entscheidend durch die Notenbankpolitik getroffen worden, die zu ihrem Teil den Auftrag, für Währungsstabilität zu sorgen, unbeirrt und zumeist auf ein samem Posten zu erfüllen suchte. Wer darauf festgelegt war, daß die Geldpolitik und zumal die Diskontsatzvariation unter den heutigen Bedingungen nicht mehr greife, wurde eines Besseren belehrt. Sie „greift“ schon. Sie kann die kreditfinanzierten Investitionsausgaben und schließlich den Beschäftigungsgrad nachhaltig herabdrücken. Man muß nur gestatten, daß der geldpolitische Hebel konsequent über mehrere Perioden mit merklichem Druck und ohne Rücksicht auf die strukturellen Konsequenzen bedient wird. Ob es dabei gelingt, auch die Preise zu stabilisieren, ist freilich eine andere Frage: „Das Tempo der schleichenden Inflation hat sich trotz der deutlichen Abschwächung der konjunkturellen Antriebskräfte noch einmal beschleunigt. In keinem Jahr seit der Korea-Krise sind die Preise stärker gestiegen als 1966“ (Sachverständigen Gutachten 1966/67).

Will man für die Zukunft einer ähnlichen tour de force mit fragwürdigem Ausgang vorbeugen, muß dem Wirtschaftsminister jetzt ein konjunkturpolitisches Instrumentarium an die Hand gegeben werden, das modernen Anforderungen genügt. D. h. es muß rechtzeitig und gezielt einsatzfähig sein und kurzfristig wirken können, was regelmäßig ein kombiniertes Vorgehen von Geld- und Fiskalpolitik voraussetzt. Mit einem Wort: die Ausstattung und Elastizität des wirtschaftspolitischen Instrumentariums zu erhöhen, ist ein Gebot der Stunde. Und wenn dem, zumal in der Fiskalpolitik, administrative oder psychologische Traditionalismen entgegenstehen, dann ist es höchste Zeit, sie zu überwinden. Ohnehin wird es die Regierung, setzt sich der Aufschwung erst einmal wieder voll durch, nicht leicht haben. Denn bekanntlich stehen in einem bedeutsamen Sektor des konjunkturellen Koordinatensystems, der Außenwirtschaft, die Aktionsparameter nur beschränkt unter binnenländischer Kontrolle.

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen über das „Stabilisierungsgesetz“ sprechen nicht gerade dafür, daß hier die Erfahrung aus der Krisensituation schon reiche Früchte trüge. Um einige Beispiele herauszugreifen: Die programmierte „Kreditplafondierung“ ist der Sache nach nicht neu. Und sicherlich handelt es sich um eine Maßnahme der ultima ratio. Aber die Art und Weise, in der jetzt die Opposition gegen sie an der zu wahrenen Unabhängigkeit der Notenbank aufgehängt wird, erweckt den Verdacht, daß es den Kritikern weniger um eine

vernünftige Aufgabenteilung zwischen Regierung und Notenbank geht — keine Notenbank kann heute total unabhängig sein —, als vielmehr darum, eine unliebsame Interventionsmöglichkeit des Staates zu neutralisieren. Sachlich steht jedoch außer Zweifel, daß keine erfolgversprechende Konjunkturpolitik auf das Instrument der Kreditkontingentierung als einer fleet-in-being verzichten kann.

Ebenso ist es wenig wahrscheinlich, daß die Regierung mit Vorliebe und wiederholt die Sätze der Einkommensteuer variieren wird. Gleichwohl muß sie, wenn Not am Mann ist, auch diesen Hebel schnell bedienen können und dann nach einer angemessenen Frist um die parlamentarische Zustimmung nachsuchen dürfen. Ist die Ermächtigung auf eine bestimmte Bandbreite der Steuervariation beschränkt, sieht man nicht, wieso hier die Volksvertretung an Souveränität verlöre. Nach Lage der Dinge würde sie, so sollte man meinen, in gleicher Weise entscheiden. Auf jeden Fall wird es keine demokratische Regierung leicht hin darauf anlegen, sich nachträglich im Parlament desavouiert zu sehen. Warum also der Widerstand gegen das zusätzliche Stabilisierungsinstrument? Nun, niemand zahlt gerne höhere Steuern, auch nicht in der überschäumenden Konjunktur. Und da mag schon der Zeitbedarf, den die parlamentarische Debatte notwendigerweise erfordert, einen Hoffnungsschimmer bieten. Indessen: den Einsatz der fiskalpolitischen Maßnahme an ein jeweils voraufgehendes Placet des Parlamentes binden, bedeutet soviel wie die Regierung mit stumpfer Waffe in den Kampf schicken. Die Wirkung der Steuervariation kommt zu spät. Endlich kann auch ein permanenter Exportüberschuß nicht als konjunkturpolitisch exemt gelten. Wem es um die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung ernst ist, muß dem Wirtschaftsminister die Chance einräumen, hier zumindest die steuerlichen Begünstigungen (und Belastungen des Imports) kurzfristig auszusetzen. Daß das „schlechte Integrationspolitik“ wäre, vermag nicht einzuleuchten. Das Argument dürfte eher der Kategorie der verzweifelten Ratschlüsse entstammen. Auch in der Inflationsbekämpfung gilt, daß man die Pelze schlecht waschen kann, wenn jedermann trocken bleiben will.

Mit der Assortierung des konjunkturpolitischen Werkzeugkastens ist schon viel erreicht. Gleichwohl kann er nicht alles leisten. Der schwache Punkt liegt darin, daß er einseitig bei der Nachfragesteuerung ansetzt. Ausschlaggebend für eine nachhaltige Schließung der Inflationslücke ist jedoch die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Angebotes. Und zweifellos läßt sich für sie wirtschaftspolitisch mehr tun, als bislang versucht wurde. Nur darf man eben die Maßnahmen nicht, weil sie erst längerfristig ihre volle Wirkung entfalten, auch getrost auf die lange Bank schieben. Das sollte eine zweite Lehre aus der Krisensituation sein.

Zunächst hätte eine solche Angebots- und Produktivitätspolitik — immerhin leben wir in einer Marktwirtschaft! — die administrativ gebundenen Preise freizugeben, wozu sich gerade die Rezessionsphase eignet, und ebenso beherzt muß sie den Wettbewerbshindernissen zu Leibe rücken, einschließlich der sogenannten Berufsordnungen im preishohen Dienstleistungsgewerbe und der geltenden Patent- bzw. Lizenzregelung, um den Umsatz von technischen Neuerungen zu beschleunigen. Sodann gilt es, den ständig angewachsenen Subventionsballast abzuwerfen. Das ist eine undankbare, aber unerläßliche Aufgabe. Denn die überkommene Branchenschutzpolitik stellt das genaue Gegenteil einer wachstumsorientierten Strukturpolitik dar. Nicht nur, daß hier Budgetmittel gebunden sind, die alternativ produktiver zu verwenden wären, und in einer Kettenreaktion durch die gestützten Unternehmen knappe Produktivkräfte fehleingesetzt werden. Der finanzpolitische Immobilismus macht es auch immer schwieriger, die wachsenden gesellschaftlichen Großaufgaben in Angriff zu nehmen. Es ist also keineswegs damit getan, sich auf den Ausgleich des Etats zu konzentrieren, so vordringlich das auch erscheint und so selbstverständlich es eigentlich immer gewesen sein sollte, die Hochkonjunktur nicht auch noch durch ein Budgetdefizit anzuheizen. Für die Zukunft entscheidend bleibt die Umstrukturierung der Staatsausgaben. Sie muß jetzt programmiert werden. Und der Anfang wäre, im Ausmaß der konjunkturellen Erholung unbeirrt die Branchenunterstützungen auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite des Budgets abzubauen, auf daß die Staatstätigkeit wieder der gesamtwirtschaftlichen Produktivitäts-

steigerung dienen kann. Wenn das die Forderung nach einem „Investiv-Haushalt“ meint, die heute von Unternehmerseite erhoben wird, dann befände man sich auf dem richtigen Wege. Freilich, die Subventionsmentalität sitzt tief. So erregte der Plan der Regierung, mit Hilfe von Sonderabschreibungen die Investitionsflaute zu überwinden, Anstoß, weil er nicht, wie eine Prämien-gewährung, auch die ver-lust-kranken Unternehmen erfasse, mit anderen Worten: weil er eines umfassenden Stützungscharakters entbehrt. Was aber soll, so wäre unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu fragen, einer Anpassungskrise überhaupt noch Positives abzu-gewinnen sein, wenn man sie nicht wenigstens die Branchenbesetzung bereinigen läßt? Wie denn überhaupt das Ausmaß des Pessimismus erstaunen muß, mit dem die Mehrzahl der westdeutschen Unternehmen auf eine immerhin milde Rezession reagiert. Offenbar wirkt hier die Verwöhnung durch den leichten Geschäfts-gang der Boomperioden nach (vgl. Januarbericht der Bundesbank). Aber ein solches Verhalten ist im historischen wie im internationalen Vergleich wenig vernünftig. Denn keine noch so erfolgreiche Stabilisierungspolitik vermag so etwas wie eine konstante Gewinnrate zu garantieren.

Um so größeres Gewicht ist dann für das gesamtwirtschaftliche Wachstum der staatlichen Investitionstätigkeit zuzumessen, die nach Zeitpunkt, Einsatzort und Kombination in hohem Maße beweglich gehalten werden kann. Obenan steht die Förderung des technischen Fortschrittes. Allerdings wäre dabei weniger an steuerliche Vorteile für die anwendenden Unternehmen, als an die verstärkte Produk-tion neuer Ideen und Verfahren zu denken, die jedermann zur Verfügung stehen. Über den notwendigen Ausbau der Infrastruktur, vorab im Verkehrswesen, in der Energieversorgung und den Ausbildungseinrichtungen, erübrigt sich jedes weitere Wort. Aber auch die staatliche Beteiligung an den Wachstumsindustrien gehört hierher, zumal auf Gebieten, deren Weiterentwicklung Investitionsanforderungen stellt, die ohnehin nur in internationaler Kooperation zu erfüllen sind. Hier überall haben wir als Industriegesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vieles nachzuholen. Und wenn das Steueraufkommen trotz bereinigter Budgetstruktur dazu nicht hinreicht, dann muß der Staat verstärkt als Nachfrager auf dem Kapitalmarkt auftreten. Natürlich wird es an Kritik von seiten der privaten Mitbewerber nicht fehlen. Indessen, das Gespenst einer „Vermögenskonzentration in der öffentlichen Hand“ hat viel von seinem Schrecken verloren: ein Blick über die Grenzen genügt. Im gegebenen Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung ist es eben für die Gesamtheit produktiver, die Mark, statt in ein neues Waschmittel, in einen Schulbau zu investieren.

Es bleibt eine dritte Erfahrung aus der Krisensituation. Seit langer Zeit machte man wieder Bekanntschaft mit einem Einbruch der Beschäftigung: der Arbeitneh-mer, der Produzent und der Politiker, jeder auf seine Weise. Gewiß mag die Arbeitsdisziplin bei diesem Schock gewonnen haben. Aber das ist ein magerer Trost. Wer da großzügig glaubt, auch in Zukunft könne ein bestimmter Grad an Arbeitslosigkeit segensreich sein, übersieht nicht nur, welche Belastungen sich hinter einem solchen Durchschnittssatz für Sektoren und Regionen verbergen, die einen strukturellen Umstellungsprozeß durchmachen. Er verkennt in gleicher Weise die subjektive Geißel, die eine unfreiwillige Beschäftigungslosigkeit stets bedeuten wird, und ebenso die Herausforderung an unser ökonomisches Selbstbewußt-sein, die darin liegt, daß hier ausgerechnet menschliche Produktivkräfte ungenutzt bleiben. Schon das allein, und nicht erst eine mögliche politische Gefährdung, genügt, um sich mit solchem Eskapismus im wirtschaftspolitischen Zielkonflikt nicht abzu-finden. Allerdings muß sogleich hinzugefügt werden, daß Sicherheit der Beschäfti-gung keine Garantie für einen bestimmten Arbeitsplatz bedeuten kann. Und das Mißliche ist, daß es eines Konjunkturrückschlages bedurfte, um jedermann deut-lich zu machen, wie schlecht es bei uns um die Arbeitsmobilität steht. Von einem konzertierten Vorgehen zwischen moderner Arbeitsvermittlung, attraktiven Um-schulungsangeboten und gezielter Wohnbaupolitik kann kaum die Rede sein. Nicht einmal die primitivste Vorsorge, die Arbeitslosenversicherung, erweist sich, nachdem in der Hochkonjunktur munter mit ihren Beitragssätzen jongliert wurde, als zureichend. Ja, es werden wieder Stimmen laut, die offenbar eine Rezession für die probate Gelegenheit halten, die Sozialleistungen überhaupt zu beschneiden. Das wäre ein wahrer Bären-dienst an der Zukunft der freiheitlichen Wirtschafts-

ordnung. Eigentlich sollte es im klassischen Land des Neo-Liberalismus auf der Hand liegen, daß ein voll ausgebautes System der Sozialen Sicherung die wichtigste Stütze bleibt, die wir zu bieten haben, um die tagtägliche Selbstregulierung der Marktprozesse für jedermann zumutbar zu machen.

Indessen ist die Arbeitsmobilität nicht das einzige Problem. Mit steigender Beschäftigung wird wieder der Lohndruck zunehmen, genauso wie die wachsende Gesamtnachfrage erneut dem Preisauftrieb Gelegenheit bietet. Zur Gegenwehr versucht die Regierung nun mit einer „konzertierten Aktion“ unter den Wirtschaftsgruppen ihr Glück. Manchem mag es nicht ganz wohl sein, wenn da über Lohn- und Preissteigerungsraten gesprochen wird, an denen sich die Beteiligten periodisch orientieren sollen, weil er befürchtet, auf solche Weise könne ein verfängliches Indexdenken an Boden gewinnen. Aber dem muß nicht so sein; erste Ansätze bei einzelnen Tarifverhandlungen konnten bereits abgewehrt werden. Andere wieder mögen die längerfristigen Erfolgchancen des Konzeptes skeptisch beurteilen, weil sich die jeweiligen Knappheitsrelationen als stärker erweisen dürften und nach massenstatistischer Wahrscheinlichkeit am Ende jeder doch das nimmt, was die Marktdaten bieten. Die Vermutung hätte alle Gründe für sich, wenn die Faktor- und Produktpreise rein marktdeterminiert wären. Aber das ist nicht unsere Wirklichkeit. In weiten und wichtigen Bereichen der Wirtschaft haben wir es vielmehr mit (privat) „administrierten Preisen“ zu tun. Und da kann man einer Verhaltenssteuerung, die konsequent und werbewirksam betrieben wird, in der Tat eine Chance einräumen — wenn nur gesichert ist, daß sich Preis- und Lohndisziplin die Waage halten. Endlich läßt sich auch nicht behaupten, die konzertierte Aktion verfolge eine „einseitig auf Beschränkung der Arbeitnehmereinkommen gerichtete Politik“. Dagegen wehrt sich die Regierung mit Recht. Was ihre „Stellungnahme zum Sachverständigen Gutachten 1966“ jedoch nicht klar ausspricht, ist die verteilungspolitische Konsequenz ihres Konzeptes. Man kann die „lohnpolitischen Hilfen“ in der konzertierten Aktion drehen und wenden wie man will, sie laufen immer auf das Gleiche hinaus: die Lohnerhöhung erhält ihren Abschied als verteilungs ä n d e r n d e s Instrument. Das mag auf manchen Seiten verstimmen. Aber vielleicht wurden die Möglichkeiten, die hier eine auf sich gestellte Nominallohnpolitik bietet, ohnehin überschätzt. Wichtiger erscheint, daß die Abstinenz in diesem Bereich nicht schlechtweg einen Verzicht auf verteilungspolitische Initiativen bedeutet. So kann man die Erbschaftsteuer redistributiv zuschneiden; man kann entschieden das Sparen der unteren Einkommensklassen begünstigen und ein Kreditsystem zur Aufstiegsförderung kreieren. Ja, der Regierung wäre in diesem Betracht nur Einfallsreichtum zu wünschen. Denn auf die Dauer wird auch eine konzertierte Aktion das Verteilungsproblem in der Marktwirtschaft nicht zum Verstummen bringen.

Nimmt man die Lehren aus der Krisensituation zusammen, so melden sich Zweifel, ob die vielberufene „Stabilisierung“ sich nicht letzten Endes als eine irreführende Losung erweist. In Tat und Wahrheit haben die terminologischen Modeschöpfer hier nicht ins Schwarze getroffen. Sie haben zu viel den tiefenpsychologischen Wünschen und zu wenig den realen Erfordernissen gelauscht. De facto ist nicht Stabilität, sondern Elastizität und Mobilität das Gebot der Stunde, wenn wir nicht hoffnungslos in der internationalen Wirtschaftsdynamik abgehängt werden wollen. Und für diesen Expresß muß sich die Große Koalition erst noch das Ticket verdienen.

Bruno Molitor